Nr. 8 März 1981

rotdorn

INFORMATIONEN DER SPD MEDEBACH

Ministerpräsident will helfen!

Als Vertreter der Medebacher SPD haben deren Stadtvertreter Bügler, Reinhold und Habel mit Ministerpräsident Rau inzwischen ein persönliches Gespräch geführt über die schwerwiegenden Probleme, die der Entschluß der Fa. Ewers zur Schließung ihres Medebacher Betriebes verursacht hat. Dem Ministerpräsidenten ist die Problemlage vorgetragen worden, die für ihn anschließend in einem Schreiben zusammengefaßt wurde:

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Rau!

Der größte Arbeitgeber in der Stadt Medebach die Fa. Ewers (Falke-Grp. Schmallenberg) beschäftigt ca. 300 Mitarbeiter in der Strickwarenerzeugung. Das Unternehmen beabsichtigt, im Laufe dieses Jahres 240 der Beschäftigten zu entlassen. Dies würde in Medebach die Arbeitslosenquote auf ca. 20% bringen, wobei in erster Linie Frauen betroffen sind, die 70% der Belegschaft bilden. Nach den bisher geführten Gesprächen wird die Fa. Ewers auch dann nicht von ihrem Plan Abstand nehmen, wenn sie großzügig finanziell von der öffentlichen Hand unterstützt würde.

Damit bleibt Medebach nur die Möglichkeit, andere Unternehmen zur Ansiedlung zu ermuntern. Es wird nämlich nicht möglich sein, die ausscheidenden Arbeitnehmer in Betrieben der angrenzenden Region unterzubringen. Größere Städte gibt es in der Umgebung nicht. Die Räume Altkreis Brilon bzw. Korbach-Nordhessen gehören darüberhinaus zu den strukturschwachen Gebieten, wobei Medebach die schwächste Struktur aufweist. Selbst wenn etwa im Raum Brilon/Olsberg Arbeitsplätze vorhanden wären, sind diese wegen der völlig unzureichenden öffentlichen Verkehrsmittel, des schlechten Wegenetzes und schließlich der topographischen Lage im Hochsauerland praktisch unerreichbar.

Voraussetzung für die Ansiedlung von Gewerbebetrieben hat die Stadt Medebach durch Ausweisung des Industrie- und Gewerbegebietes „Holtischer Weg" geschaffen, mit dessen Erschließung im vorigen Jahr begonnen wurde. Auch die Fabrikationsräume der Fa. Ewers werden nach Angaben der Geschäftsleitung zur Verfügung gestellt werden.

Im Hinblick auf die nicht gerade hervorragende Lage, wird Medebach bei Verhandlungen mit ansiedlungswilligen Unternehmen aber nur Aussicht auf Erfolg haben, wenn zusätzliche günstige Konditionen geboten werden können.

Wir wären Ihnen daher dankbar, wenn das Land unsere Bemühungen unterstützen könnte.

Über die dem Land gegebenen Möglichkeiten machen wir uns zwar keine Illusionen. Wir denken aber daran, daß vielleicht auch Medebach in dieser Ausnahmesituation etwa die gleichen Wirtschaftsförderungsmaßnahmen wie die Stadt Brilon erfahren dürfte, z. B. im Rahmen der Gemeinschaftsaufgaben zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur.

Wir vertrauen darauf, daß Sie und die von Ihnen geführte Landesregierung die Stadt Medebach in dieser bedrängten Lage in größtmöglicher Weise unterstützen werden.

Zur Sache

Entgegen dem Gesetz sind an den Grundschulen und an der Hauptschule in den letzten Jahren Lehrer ohne Beteiligung des Stadtrates angestellt worden. Anders beim Gymnasium, dessen Lehrer nur angestellt wurden, wenn der Stadtrat einverstanden war. Diese gesetzwidrige Verhaltensweise bei Grund- und Hauptschule war natürlich für die Schulbürokratie sehr bequem. Es hat die SPD-Ratsfraktion einige Mühe gekostet, im Rat das Problem deutlich zu machen. Dem Hauptschulrektor war der Text des Gesetzes offensichtlich unbekannt.

Wir lehnen es ab, uns von den Schulbürokraten einfach beiseiteschieben zu lassen. Nun hat das Schulamt versprochen, in Zukunft die Rechte des Rates zu beachten. Wir wollen schließlich die Möglichkeit behalten, uns gegen einen radikalen, ggf. aber auch gegen einen unfähigen Lehrer wehren zu können.

Antwort des Ministerpräsidenten

vom 12. 3. 1981

Sehr geehrter Herr Bügler,

für Ihr Schreiben vom 6. März 1981, in dem Sie mich in Ergänzung zu unserem Gespräch über bevorstehende Entlassungen größeren Ausmaßes in Ihrer Stadt näher informieren, danke ich Ihnen verbindlich.

Diese hohen Arbeitsplatzverluste wären in der Tat ein besonders bedauernswertes und schlimmes Ereignis für Medebach, da Ersatzarbeitsplätze sicherlich nicht so schnell und leicht geschaffen werden können. Sie können davon ausgehen, daß das Land grundsätzlich bereit ist, im Rahmen seiner Möglichkeiten bei der Überwindung der Schwierigkeiten zu helfen.

Im Interesse der Sache habe ich den fachlich zuständigen Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr gebeten, die Fördermöglichkeiten zu prüfen und dabei auch Ihre Anregungen einzubeziehen. Ich gehe davon aus, daß er Sie über das Ergebnis unterrichten wird.

Mit freundlichen Grüßen **Johannes Rau**

Zur Person

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Nottelmann hat es allein der Wirtschaftspolitik von Bund und Land angelastet, daß Ewers zumachen will. Damit hat er — selbst Bürgermeister Langen war offensichtlich peinlich berührt — die marktwirtschaftliche Orientierung der Regierungspolitik angegriffen. Denn die allein am Markt und nicht an sozialen Erwägungen orientierte knallharte Entscheidung von Falke wäre von der Regierung nur in einer geplanten und gelenkten Wirtschaft zu unterbinden gewesen.

Liebe Mitbürger! Fragen Sie doch mal Herrn Nottelmann, was er gemeint hat. Nachdem er den „rotdorn" gelesen hat und ihm die Konsequenz seiner Aussagen nun vermutlich bewußt geworden sein wird, liegen sicher schon Antworten auf Ihre Frage bereit: So habe er das doch gar nicht gemeint, ihm würden die Worte im Mund verdreht, die bösen Sozis seien sowieso an allem schuld, und gar die Staatsverschuldung!

Und wenn er Ihnen das alles erzählt hat, dann fragen Sie doch mal nach: Wie hätte eine Regierung bei weniger Verschuldung für Wirtschaftsförderungsprogramme, weniger Steuern etc. denn die Schließung bei Ewers anders verhindern können als durch Planung und Lenkung und Abschaffung der freien Marktwirtschaft durch Schließung der Grenzen — (übrigens auch für Urlauber)? Ob unserem Wirtschaftsstrategen dann auch noch eine vernünftige Antwort einfällt und nicht nur die übliche Herumrederei?

Unter Frau Thatcher als Bundeskanzler hätte Ewers vermutlich noch eher dicht gemacht. Und die angeblich fehlende Unterstützung ländlicher Gebiete kann auch kein Grund sein. Denn Ewers begründet die Schließung nicht mit Konkurrenz aus deutschen Städten sondern aus dem Ausland. Herr Nottelmann hätte sich lieber mal fragen sollen, ob die Art, wie die Stadt bisher Ewers unterstützt hat, nicht doch ein Fehler war, der eben nicht Bund oder Land sondern vielmehr den CDU-Honoratioren in Medebach anzulasten ist. „Mea culpa" hätte Herrn N. besser angestanden. Die eigene Verantwortung anderen in die Schuhe zu schieben, zeugt nicht von persönlichem Mut.

Für die Zusammenarbeit im Rat zum Wohle der Stadt brauchen wir auch bei der CDU einen kompetenten Gesprächspartner, mit dem man offen und ehrlich und ggf. auch kontrovers zu politischen Entscheidungen kommen kann. Phrasen helfen uns allen nicht weiter — am wenigsten den Arbeitsnehmern bei Ewers. Oder sollte Herr N. die Absicht haben, den Krach der Stadträte aus den Nachbarstädten nach Medebach zu importieren? Wir bezweifeln sehr die Vorteile solch politischer (Miß-) Wirtschaft!

Aus dem Rathaus

Die Finanzlage der Stadt

Nun ist es wohl so weit! Schon vor der letzten Wahl hatte die SPD empfohlen, die Stadt und ihre Bürger sollten sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß man einige Jahre mit dem „Fehlbetrag" leben müßte. Das bedeutet: Es ist nicht genügend Geld für die Erfüllung aller wichtigen Aufgaben da. Das Land schließt den „Fehlbetrag" zu unter der Voraussetzung einer sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung.

Leider will die CDU davon aber nichts wissen. Sie glaubt, den Haushalt doch noch ausgleichen zu können und vergibt sogar Geschenke, über deren Sinn man geteilter Meinung sein kann.

So wurde voriges Jahr die Gewerbesteuer zwar mit unserer Zustimmung um 20 Punkte gesenkt, dieser Beschluß aber gegen die Stimmen der SPD für 1981 vorläufig bestätigt; so wurde im Februar versprochen, für den Ausbau der Straße nach Berge 570.000,— DM, evtl. knapp 700.000,— DM aus dem Stadtsäckel beizusteuern. Dabei hat die Stadt schon 1980 ein Minus von über 200.000,— DM gemacht. Und weil man natürlich genau weiß, daß man so nicht weiterwirtschaften kann, zeigt man mit dem Finger auf die böse rote Landesregierung und ruft „Haltet den Dieb", um vom eigenen Versäumnis abzulenken. Es fehlt der Mut, für einige Jahre offen einen Fehlbetrag auszuweisen, den das Land ausgleichen würde, um so die wichtigsten Aufgaben, z. B. Bau der Kanalisation, erfüllen zu können.

Leider wird diese Politik nicht weiterführen. Letzten Endes wird die Stadt den Tatsachen nicht ausweichen können und offen im Haushaltsplan ausweisen müssen, daß sie mit ihren Finanzen nicht auskommt. Es kann doch nicht richtig sein, im Haushaltsentwurf für 1981 einen Kreditbedarf von 3,5 Mio. DM auszuweisen, wenn der Kämmerer gleichzeitig offen zugibt, mehr als 1,8 Mio. DM Kreditaufnahme seien nicht zu verantworten. Dann darf so ein Haushaltsentwurf eben gar nicht vorgelegt werden, es fehlt ihm die nötige Offenheit und Ehrlichkeit.

Dem Glauben der CDU, sie käme mit kosmetischen Maßnahmen am Fehlbedarf vorbei, fehlt die realistische Grundlage. Gewiß ist zu billigen, wenn sie 10% der sächlichen Verwaltungsausgaben streichen will, was ca. 280.000,— DM ausmacht. Ob die Jahresrechnung 1981 dann tatsächlich diese Einsparung ausweisen wird, muß sich allerdings noch erweisen. Denn die Stadtverwaltung muß natürlich ihre Aufgaben weiterhin erfüllen. Es wird also vor allem vom guten Willen aller Mitarbeiter zur Sparsamkeit abhängen, ob sich das Ziel erreichen läßt.

Dann wird die Streichkommission im Haupt- und Finanzausschuß sicher den Ausbau einiger Straßen ganz wegfallen lassen oder mindestens strecken. Und natürlich weiß man, daß das Geld für die Straße nach Berge jedenfalls in diesem Jahr in Ermangelung des entsprechenden Geldes und der Zuschüsse gar nicht ausgegeben wird. Gleichzeitig meinen einige Leute, man könne am Hallenbad oder ähnlichen Einrichtungen den Rotstift ansetzen.

Dabei sollte man aber bedenken, daß mindestens 2/3 der Kosten des Hallenbades sowieso weiterlaufen, auch wenn es geschlossen würde. Und sollen wir in Medebach durch Schließung des Hallenbades ein Stück Lebensqualität abbauen? Vermutlich wird es nach Schließung dann heißen, die „miserable Finanzwirtschaft der SPD" sei schuld, obwohl nicht sie sondern die Fehlentscheidung des CDU-Stadtregiments verantwortlich zu machen wäre: würden wir einen offenen Fehlbetrag in Kauf nehmen, würde nämlich das Land auch das Defizit des Hallenbades tragen.

Es erscheint uns jedenfalls widersprüchlich, einerseits den Fremdenverkehr fördern zu wollen und andererseits das einzige Bad zu schließen. Zumal die bei vollständiger Schließung allenfalls einzusparenden ca. 140.000,— DM den Haushaltsausgleich auch nicht herbeiführen werden. Zusammen mit den erhofften Einsparungen von ca. 280.000,— DM bei der Verwaltung ergäbe sich eine Summe von 420.000,— DM weniger also, als die Stadt für die Straße nach Berge würde aufbringen müssen.

Gewerbesteuer

Wir meinen daher, ein offener, vom Land abzudeckender Fehlbetrag wäre sinnvoller. Die Verwaltung sollte in der Tat zum Sparen angehalten werden. Auch die weiteren möglichen Sparmaßnahmen, z. B. im Straßenbau, sollten durchgeführt werden. Die Stadtvertretung sollte sich auch dazu entschließen, die Gewerbesteuer wieder mindestens auf den alten Satz anzuheben. Die Senkung hat allein 1980 zu einem Ausfall von ca. 130.000,— DM geführt, ein schmerzhafter Verlust für die Stadt, der bei den einzelnen Gewerbebetrieben mitnichten zu einer spürbaren Entlastung geführt hat. Denn dieser Betrag, auf alle Betriebe verteilt, ergibt beim einzelnen Betrieb nach dem Prinzip der Gießkanne eben nur ein paar Tropfen.

Wie sinnlos die Senkung war, zeigt das verheerende Beispiel der Fa. Ewers. Da werden 240 Arbeitnehmer auf die Straße gesetzt — trotz der vorjährigen Senkung der Gewerbesteuer. Der Einnahmeausfall der Stadt wird durch diese Maßnahme von Falke noch gewichtiger werden. Aber von einer SPD-Landesregierung wolle er keine Mittel zum Erhalt seines Betriebes haben, soll Herr Falke erklärt haben. Auch wenn die Schließung vom unternehmerischen Standpunkt in einer Marktwirtschaft gerechtfertigt sein sollte, dürfen wir die sozialen Folgen für die Arbeitnehmer und die finanziellen Auswirkungen für die Stadt nicht vergessen.

Kreishausneubau

Das Land Nordrhein-Westfalen — nach Aussage von OKD Dr. Müllmann (CDU) das gemeindefreundlichste Land der Bundesrepublik — beabsichtigt eine kräftige Aufstockung der Mittel, die das Land den Gemeinden, also auch Medebach, zur Verfügung stellt. Dies trotz der auch im Land angespannten Finanzlage. Leider wird der Stadt hiervon wieder ein Teil durch den Hochsauerlandkreis weggenommen. Der Kreis erhebt nämlich die Kreisumlage. Das ist eine Art Kreissteuer, die die Gemeinden aus ihren Einnahmen an den Kreis abführen müssen.

Entgegen dem Willen der SPD im Kreistag und in den Gemeinden hält die CDU im Kreistag (mit der Stimme unseres Bürgermeisters) bisher an einem Satz von 34 Punkten fest. Das macht je Punkt für Medebach 1981 einen Betrag von DM 60.882,— aus, insgesamt also 2,07 Mio. DM.

Wir meinen, daß der Kreis so viel gar nicht braucht. Er nahm damit 1980 den einzelnen Gemeinden je Einwohner 265,03 DM weg, während andere Kreise weniger nehmen, nämlich im Durchschnitt des Landes NW nur 257,03 DM, im Durchschnitt des Regierungsbezirks Arnsberg sogar nur 256,15 DM. Der Medebacher SPD-Kreistagsabgeordnete Habel hat sich im Kreistag entgegen dem Medebacher CDU-Kreistagsabgeordneten Langen immer gegen diese Höhe gewehrt. Deshalb hat er sich auch gegen den in dieser Größenordnung völlig unnötigen Kreishausneubau gestellt. Würde der Kreis sich beschränken, würde auch die Medebacher CDU offen gegen den Neubau und für eine dadurch mögliche Senkung der Kreissteuer um mindestens 3 Punkte eintreten, so würde die Stadt allein 1981 über 180.000,— DM weniger an den Kreis abführen müssen. Wir fordern die Medebacher CDU deshalb auf, bei ihren Parteifreunden im Kreistag für eine Senkung der Kreisumlage um mindestens 3 Punkte einzutreten!

Wenngleich wir um den Fehlbetrag wohl nicht herumkommen werden, können wir doch in Medebach eine Menge tun, um sparsam und wirtschaftlich vernünftig zu handeln:

Ersparnis in der Verwaltung	ca. 280.000,—
Mehreinnahmen Gewerbest.	ca. 130.000,—
Ersparnis bei Kreisumlage	ca. 180.000,—
Gesamtverbesserung:	ca. DM 590.000,—

Dazu kommt dann noch die mögliche Ersparnis durch Überprüfung der geplanten Ausgaben bei Straßenbau etc.

Fazit: Möglich ist schon einiges, man muß es nur wollen und sich bei Geschenken zurückhalten, man darf nicht nur Land und Bund alles verantwortlich machen, man muß auch selbst etwas tun und den CDU-Freunden im Kreistag mal auf die Füße treten!

Zitate

Aus einer Anklageschrift gegen 2 junge Burschen: „Ihnen wird zur Last gelegt, auf dem Wege von Winterberg nach Silbach, den sie in fröhlicher Trunkenheit und mit einer Flasche Whisky zur Vertiefung dieses Zustandes ausgerüstet zurücklegten, 2 Ampelanlagen mutwillig in den Graben gestürzt zu haben."

Der eine Täter hatte vorher ausgesagt, man habe den Whisky „als Wegzehrung" mitgenommen.

Interessantes für Frauen

Liebe Mitbürgerinnen!

Es gibt viele Probleme und Fragen in der heutigen Zeit, die für uns Frauen von besonderem Interesse sind, sei es Kindererziehung, berufliche Ausbildung, Weiterbildung, familienfreundliche Umwelt, Fremdenverkehr und anderes mehr. Unter dem Motto „Wir Frauen wollen uns zusammen tun" wenden wir uns an Sie.

In unserer immer sehr stark männerorganisierten Gesellschaft werden viele Probleme, die uns angehen, nicht mit dem nötigen Nachdruck vertreten. In einem Gesprächskreis von Frauen, den wir ins Leben rufen möchten, wollen wir uns über solche Themen unterhalten. In unserem Kreis wollen wir uns sachkundig informieren lassen und auch gemeinsame Vorschläge für die politischen Gedanken entwickeln. Unsere Zusammenkünfte sollen aber nicht nur hochpolitisch sein. Aus vielen Gesprächen haben wir den Eindruck gewonnen, daß viele von uns Frauen einfach nur eine Gelegenheit suchen, miteinander zu reden, Alltagssorgen loszuwerden und Anregungen mit nach Hause zu nehmen und sei es nur ein neues Kochrezept.

Manche Frau, die an einem solchen Gesprächskreis interessiert ist, wird sich nun fragen, was wird mein Mann dazu sagen?

Sehen Sie, hier stellt sich doch die Frage, ob wir Frauen das Recht haben, auch einen oder gar zwei Abende im Monat außerhalb des Hauses in einem solchen Kreis zu verbringen. Aber es ist doch ein Stück Verwirklichung der viel gepriesenen Partnerschaft, wenn wir uns die Zeit nehmen und über unsere spezifischen Fragen diskutieren.

Wir würden uns freuen, Sie in unserem Gesprächskreis begrüßen zu dürfen.

Wir treffen uns am 6. April um 20 Uhr im Hotel van Dyck.

Oder rufen Sie uns einfach an:

Waltraud Dittkrist — **Medebach, Tel. 8205**
Brigitte Dengel — **Medebach, Tel. 1094**

Schach

Wir sind einige Schachspieler und fragen uns, ob man nicht häufiger mal zum Schachspiel zusammenkommen sollte. Falls es Interessenten gibt, die womöglich auch in einem Schachclub mitmachen würden, könnte man sich vielleicht zu regelmäßigen Terminen treffen, miteinander spielen, Lernwilligen auch Schach beibringen. Grundregel: Die Farben beim Schach sind Weiß und Schwarz, nur über diese und nicht über politische Farben wird beim Spiel gesprochen — wenn überhaupt. Wer Interesse hat, rufe bitte unter Tel. 8253 an.

Hallenbad geschlossen!

Dieses Schild sehen Sie vielleicht demnächst außer an den Feiertagen und während der normalen Reparaturzeiten im Monat Dezember öfter, wenn Sie das Medebacher Hallenbad besuchen wollen. Wieso eigentlich? Etwa, weil die Unkosten zu hoch sind, wie einige CDU-Ratsherren meinen?

Doch urteilen Sie selbst:
1980 gab es folgende Einnahmen u. Ausgaben

Einnahmen (in vollen Tausend DM)

50.000,— DM	Eintrittsgelder, Schulschwimmen, Miete für Bademeisterwohnung

Ausgaben

124.000,— DM	Personal (Bademeister, Lehrling, Putzkraft, Kassiererin)
50.000,— DM	Kreditzinsen und Tilgung
65.000,— DM	Instandhaltung
157.000,— DM	Betriebskosten*
20.000,— DM	Bewirtschaftungskosten
2.000,— DM	Geschäftskosten
418.000,— DM	Gesamtkosten

*In den Betriebskosten des Hallenbades sind allerdings Heizungs-, Strom- und Wassergeld der Turnhalle enthalten, weil beim Bau der Sportanlage keine getrennte Versorgung von Schwimm- und Turnhalle erfolgte. Da bei der Stadt auch keine Unterlagen über die Heizungsanlage mehr aufzufinden sind, können die eigentlichen Betriebskosten für das Hallenbad nur geschätzt werden. Geht man davon aus, daß 75% der Betriebskosten im Hallenbad entstehen, so ergeben sich damit für das Hallenbad statt 157.000,— DM nur 117.750,— DM Betriebskosten und damit Gesamtausgaben von 378.750,— DM.

Bei Abzug der Einnahmen verbleibt immerhin noch ein Betrag von 328.750,— DM für das Jahr 1980, der von der Stadt aufgewendet werden mußte. Viel Geld bei 41.478 Schwimmbadbesuchern werden Sie sagen.

Da so oder so das Geld in der Stadtkasse knapp ist, sollte man doch der Forderung einiger CDU-Ratsmitglieder folgen und das Bad für ein paar Monate schließen. Dann bleibt immer noch genügend Raum für sportliche Betätigung, Gesundheit und Erholung. Denn ganz das Bad schließen möchte eigentlich niemand.

Doch auch eine Schließung für einen oder mehrere Monate im Jahr kostet der Stadt viel Geld.

Legt man die Zahlen von 1980 zu Grunde, so entstanden monatlich etwa folgende Kosten:

10.333,— DM	Personalkosten
4.167,— DM	Zinsen und Tilgung
5.417,— DM	Instandhaltung
11.645,— DM	Betriebskosten (ohne Turnhalle) Bewirtschaftungs- und Geschäftskosten
31.562,— DM	monatliche Kosten

Die Instandhaltungskosten werden Sie für sehr hoch halten. 1980 waren sie so hoch, weil allein die Dachreparatur 56.000,— DM verschlang. Im Durchschnitt dürften wohl 2.000,— DM pro Monat reichen.

Doch was kann von den Ausgaben echt gespart werden?

Der Bademeister und der Lehrling müssen bezahlt werden, Zinsen und Tilgung für den Bankkredit fallen an, die Instandhaltungskosten entstehen auch, wenn die Halle nicht genutzt wird. Allenfalls könnten Kosten beim Reinigungspersonal und bei den Kassiererinnen eingespart werden und natürlich ein Teil der Betriebskosten. Warum nur ein Teil der Betriebskosten? — Die Heizung des Hallenbades liegt teilweise direkt unter dem Becken, so daß bei Heizungsbetrieb das Becken von unten erheblich erwärmt wird. Da die Heizungsanlage die Turnhalle mitversorgt, wird also automatisch der das Becken umgebende Keller mitgeheizt, auch wenn das Hallenbad geschlossen ist. Drehen wir die Heizung für das Schwimmbecken ab und lassen das Wasser aus dem Becken ab, so entstehen große Temperaturunterschiede zwischen Schwimmbeckeninnen- und Schwimmbeckenaußenwand, die zu erheblichen Beschädigungen am Becken selbst führen könnten. Aber selbst wenn uns die ca. 15.000,— DM Personalkosten und Betriebskosten nicht entstehen, so kostet uns das Hallenbad, wenn es geschlossen ist, immer noch 16.562,— DM im Monat. Schließt man aber das Bad, so bleiben auch die Einnahmen aus. Geht man vom schlechtesten Monat im Jahr 1980 aus (Juni), so müssen die 3.542,— DM Eintritt von 3.194 Personen von der möglichen Ersparnis abgezogen werden.

Es verbleibt also lediglich eine Ersparnis von 11.500,— DM monatlich bei geschlossenem Hallenbad.

Wir glauben, daß dieses Geld für unsere Kinder, Jugendlichen, Erwachsenen und Gäste gut angelegt ist. Das Hallenbad steht allen Bürgern offen, ohne daß diese gleich Mitglied eines Vereines sein müssen. Wir leisten damit einen Beitrag zum Wohle, zur Gesundheit, zur Entspannung und Erholung eines großen Teiles der Bevölkerung. Wir schaffen Möglichkeiten, sich in der Freizeit sinnvoll zu beschäftigen. Eine Schließung der Anlage würde bei dem nicht sehr breiten Angebot in unserem ländlichen Raum einen deutlichen Verlust an Lebensqualität bedeuten.

Es sollte auch bedacht werden, daß das Medebacher Hallenbad von seinen Bürgern gut besucht wird. Vergleichsweise gehen Medebacher häufiger ins Hallenbad als die Bürger vieler namhafter Großstädte.

Die benachbarten Hallenbäder bieten für viele Medebacher Bürger keine Ausweichmöglichkeit, wie unser Stadtdirektor Herr Hausmann meint. Gerade im Winter machen oft mangelhafte Verkehrsverbindungen es fast unmöglich, nach der Schule oder Arbeit noch ein Bad in Winterberg, Usseln oder Korbach zu besuchen.

Auch der Monat mit der geringsten Besucherzahl scheidet für eine Schließung aus, da hier auf Grund der Ferien das Schulschimmen ausfiel, die Zahl der Gäste hingegen höher als in anderen Monaten lag. Eine Schließung während der Schulzeit ist auch nicht möglich, da die Schulen dringend auf diese Sportstätte angewiesen sind, um den planmäßigen Schwimm- und Sportunterricht ohne weiteren Stundenausfall durchführen zu können.

Wir sind der Meinung, daß gegenwärtig kein Grund besteht, das Medebacher Hallenbad zu schließen. Das Bad soll weiterhin allen Bürgern offenstehen und nur geschlossen werden, wenn dringende Reparaturarbeiten notwendig sind. (Diese wurden bisher im Monat Dezember durchgeführt.)

Doch gespart muß werden

Wir würden es begrüßen, wenn die Stadt eine Selbstbedienungskassenanlage aufstellen würde. Damit könnten monatlich ca. 2.000,— DM Personalkosten gespart werden. Eine Arbeitsstelle geht dadurch nicht verloren. Das eingesparte Personal kann in einer freiwerdenden Stelle bei der Stadt beschäftigt werden.

Doch auch Sie können helfen!

Tun Sie etwas für Ihre Gesundheit, gehen Sie mal wieder schwimmen im Medebacher Hallenbad!

Bericht aus Bonn

Am 5. Oktober erreichte die SPD von MdB Franz Müntefering ihr zweitbestes Wahlergebnis überhaupt; ein großer Erfolg.

Jetzt — fünf Monate später — ist die Stimmung in der Partei und bei unseren Wählern gedämpft bis ärgerlich.

Was ist passiert?

Das Phänomen Strauß hat viele von uns länger als ein Jahr von nötiger Programmdiskussion abgehalten und das macht jetzt die Orientierung schwer. Das Ost-West-Verhältnis vereist. Die Energie als Kosten- und Mengen-Problem verschärft die weltwirtschaftliche Krise dramatisch. Die Medien verrissen die Regierungserklärung Helmut Schmidts, bevor sie überhaupt gehalten war.

Ein ganzes Bündel von Gründen. Einen dieser Gründe will ich hier verdeutlichen — das Energieproblem:

1980 haben wir für die gleiche Menge Öl rund 30 Milliarden DM mehr bezahlen müssen als 1978. Der jüngste Beschluß der OPEC aus Dezember wird uns bei unverändertem Ölmengenbedarf weitere 6 Milliarden DM kosten.

Diese Gelder fehlen uns als Kaufkraft im eigenen Land. Das drosselt die Konjunktur zusätzlich und kostet Arbeitsplätze.

Deshalb muß eine ganz zentrale politische Zielsetzung lauten: Weg vom Öl — Energie sparen!

Das gilt für den Energieverbrauch in den Wohnungen, in den Betrieben, in den öffentlichen Gebäuden, beim Auto.

Wir alle sind aus Einsicht oder um des lieben Geldes wegen schon sparsamer geworden. Wir verbrauchen deutlich weniger als noch vor wenigen Jahren prognostiziert wurde. Das ist gut.

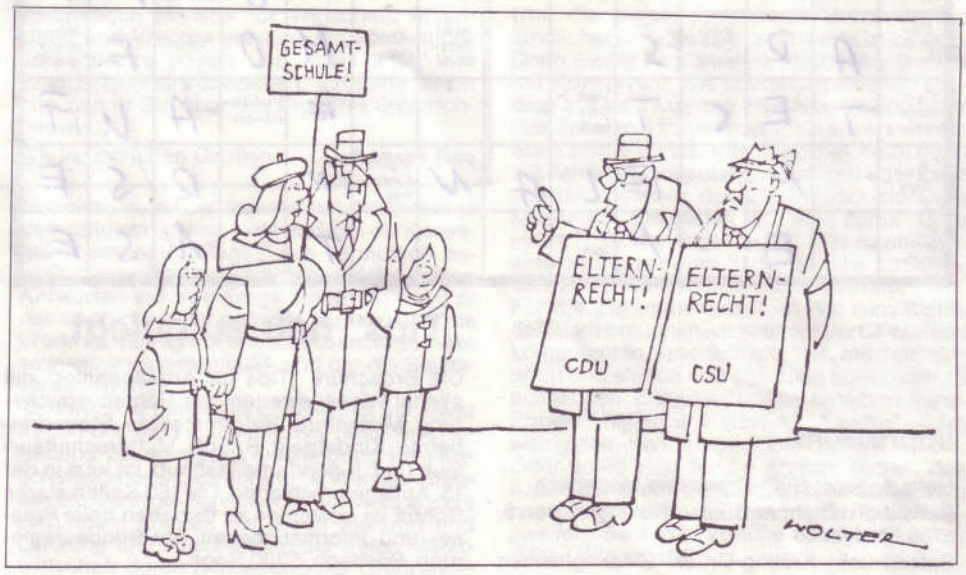
Aber wir verbrauchen doch noch mehr Energie als nötig.

Wer Vollbeschäftigung will, wer Umweltschutz will, wer beitragen will zur Entwicklungspolitik, wer die Gefahren für den äußeren Frieden begrenzen helfen will, der muß auch Energie sparen helfen und das Bemühen der Politik auf diesem Felde unterstützen.

Eine konsequente Energiesparpolitik kann nicht immer populär sein. Aber sie ist unverzichtbar.

Wußten Sie schon ...?

Die Stadtverwaltung beantragte
2 Dienstfahrzeuge.
Und das bei dieser Haushaltslage!!!



Unsere Meinung

Aus den Ortschaften

Berge hat seine Bürger auf der Straße und im Stadtrat demonstrieren lassen! Durch Verzögerung des Ausbaues der BRI 8, der Straße nach Berge nämlich, werde Leben und Gesundheit der Kinder und Einwohner aufs Spiel gesetzt.

Tatsächlich hat es 1975 einen Unfall des Schulbusses gegeben, glücklicherweise ohne schlimme Folgen. Es ist richtig, daß diese Straße, besonders im Winter, einige Gefahrenstellen aufweist. Andererseits gibt es aber auch keine Straße, auf der nie ein Unfall passiert. Auf einer schwierigen Straße wird auch vorsichtiger gefahren als auf einer gut ausgebauten. Eine Nachfrage bei der Polizeiunfallstatistik hat ergeben, daß die Straße nach Berge bisher nicht durch Unfälle besonders hervorgetreten ist. Anders steht es mit der Einmündung in die Landstraße Medelon — Medebach. Aber die ist in den Ausbau der Straße nach Berge gar nicht einbezogen.

Nun hatte die Stadtvertretung damals wegen des Schulbusunfalles beschlossen, die Straße solle ausgebaut werden. Allein kann die Stadt die Mittel dazu aber nicht aufbringen, ihr ist jedoch ein Zuschuß von 80% zugesagt worden, so daß sie selbst nur 20% beisteuern muß. Das sollte aber nur für einen großzügigen Ausbau gelten.

Die Planung des Landesstraßenbauamtes sieht daher nach den Richtlinien einen Ausbau in einer Breite von 9,5 m vor, davon 7,5 m Fahrbahn, an den Seiten je 1 m Bankett. Schwierigkeiten hat es aber schon wegen des nötigen Grunderwerbs gegeben, weil die Eigentümer entweder die erforderliche Fläche nicht abgeben oder gar zu großzügig entschädigt werden wollten. Außerdem würde dieser Ausbau knapp 3,4 Mio. DM kosten, der 20%ige Anteil der Stadt betrüge mithin ca. 680.000,— DM. Ein stolzer Preis! Nun wird darüber verhandelt, ob nicht 7,5 m Breite (Fahrbahnbreite 5,5 m) ausreichen würden. Das würde aber immer noch 2,82 Mio. DM kosten, der Stadtanteil läge bei 564.000,— DM.

Da auch dies in der heutigen Finanzsituation viel Geld ist, hat der Planungsausschuß überlegt, ob nicht durch Entschärfung einer Kurve und Bau von Ausweichstellen die Gefahr beseitigt werden könne. Nach Auskunft der Verwaltung wäre (was uns allerdings zweifelhaft erscheint) auch dann noch mit Kosten von 1 Mio. DM zu rechnen, zu denen aber die Stadt keinerlei Zuschuß erhalten würde. Die Berger haben diese Lösung rundweg abgelehnt.

Dennoch sollte man in Verhandlungen versuchen, auch für eine solche Maßnahme den entsprechenden Zuschuß zu erhalten. Schließlich zwingt die derzeitige finanzielle Lage auch den Zuschußgeber zur Sparsamkeit. Es kommt doch auf den Erfolg an, Gefahrenpunkte zu beseitigen, und nicht darauf, eine Autobahn nach Berge zu bauen (so die Ausdrucksweise des Bürgermeisters Langen)! Außerdem sollte man als Alternative noch den Ausbau einer wesentlich kürzeren Verbindung zur Straße von Münden nach Medebach untersuchen. Kürzer wäre dann allerdings nur die nötige Ausbaustrecke. Der Gesamtweg von Berge nach Medebach wäre etwa 1 km länger. Darauf angesprochen mochten sich die Berge Demonstranten nicht so recht äußern.

SPD-Fahrt nach Berlin:

vom 18. - 21. 6. 1981

Hierzu laden wir alle Mitglieder, Freunde und Gönner unserer Partei herzlich ein!

Interessenten wenden sich bitte an:

Herrn Bügler Medebach, Telefon 8941

oder

Herrn Kralemann Medebach, Telefon 595

Zur Sache

Im Kreistagsprotokoll vom 17. 12. 80 heißt es auf Seiten 7/8:

KTA Dr. Franzmann beantragt, die gegebene feste Zusage (in den Richtlinien der Jugendarbeit) zu relativieren. Herr Leikop teilt mit, daß nicht in allen Bereichen zum 1. 12. die 80% garantiert werden können.

Es ging darum, den Jugendverbänden Mittel für ihre Arbeit aus dem Haushalt fürs nächste Jahr zuzusagen. Damit auf Grund des Antrages Franzmann (CDU) mit Unterstützung Leikop (CDU) nicht alles zu Lasten der Jugendverbände gestrichen wurde, ist der Kompromißvorschlag Habel (SPD) angenommen worden, die Mittel wenigstens in Aussicht zu stellen.

Aus dieser klaren Aussage des Protokolls macht Herr Claßen die Behauptung, Lei[illegible] habe den Antrag gestellt, den Zuschuß [illegible] garantieren, Habel habe die Ablehnung des Leikop'schen Antrags durchgesetzt.

Dies stellt die Dinge auf den Kopf. Täter ist ein Lehrer, der unsere Kinder unterrichtet.

	europ. Strom	Haft	Stadt in Westfalen	Deichschleuse		Raubtier		Abk. für Sainte	schweiz. Fluß	persönl. Fürwort	eine der Gezeiten	Zeichen für Neon	Stadt in Rumänien
Nagetier	M	A	U	S	Stadt bei Los Angeles	P	A	S	A	J	E	N	A
Heilpflanze	A	R	N			A	Mainzufluß	T	A	U	B	E	R
nord. männl. Vorname	A	R	N	O	Wasserstrudel	N	E	E	R	früh. lett. Münze	B	röm. Kaiser	
Pelzart	S	E	A	Z	türk. Hafen	T	Fluß in Italien	Not	E	L	E	N	D
	Werber	S	Kopfschmuck	früher	E	H	E	R	Ablagerung		span. Strom	E	Rheinzufluß
Bewohner e. europ. Hptst.	A	T	H	E	N	E	R	Himmelskörper	S	T	E	R	N
		Alarmgerät	A	Wind am Gardasee	O	R	A	Abk. für einen Bibelteil	E	Riesenschlange	B	O	A
islam. Name Jesu	I	S	A	Himmelsrichtung		Stadt in Frankreich	Abk. für außer Dienst	A	D	japan. Brettspiel	R	Stadt am Rhein	H
Sekretär Ciceros		I	R	O	griech. Sagengestalt	A	N	T	I	G	O	N	E
Flächenmaß	A	R	ind. Gewicht	S			weibl. Kurzname	Kfz-Z. Moers	M	O	Papagei	E	Märchengestalt
Eignungsprüfung	T	E	S	T	Stadt in Dänemark				E	Verhältniswort	A	U	T
frz.: man		N	Schwung	E	L	A	N	engl.: Kinderfrau	N		R	S	E
dt. Schriftsteller		E		N	zufrieden				T	nord. Gottheit	A	S	E

EG-Krankheit

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen in der Europäischen Gemeinschaft hat im September zum ersten Mal die 7-Millionen-Grenze überschritten. Bei 7,1 Millionen Erwerbslosen ergab sich eine Arbeitslosenquote von 6,5 Prozent. Für den Rest des Jahres rechnen die EG-Experten mit einem weiteren Anstieg. Im einzelnen verzeichneten Frankreich mit 10,5 Prozent mehr Arbeitslosen gegenüber dem Vormonat, Luxemburg (9,6) und Dänemark (4,5) recht drastische Steigerungsraten. In den übrigen Mitgliedsländern bewegte sich der Anstie[illegible] zwischen zwei und drei Prozent. Ledi[illegible]lich die Bundesrepublik bildete mit einem Rückgang der Arbeitslosen gegenüber August um fünf Prozent eine Ausnahme.

„Tips" neu aufgelegt

Die Broschüre „Tips für Arbeitnehmer" mit allerlei Wissenswertem zur Rentenversicherung, Mietschutz, Betriebsrenten, Steuerfreibetrag, Kindergeld, BAFöG, Mutterschaftsurlaub und Jugendarbeitsschutz ist jetzt in der 13. Auflage erschienen. Die 160 Seiten starke Schrift ist kostenlos zu beziehen beim Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Postfach, 5300 Bonn.

NRW: Ab '83 Bildungsurlaub

Voraussichtlich ab 1983 werden Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen gesetzlichen Anspruch auf Bildungsurlaub haben. In einem Zeitungsinterview erklärte der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende im Düsseldorfer Landtag, Reinhard Grätz, das Parlament könne das entsprechende Gesetz bis Mitte 1982 verabschieden.

Zur Zeit laufen in NRW 20 Modellversuche, bei denen unter anderem untersucht wird, wie auch kleinere Betriebe ihre Arbeitnehmer für Weiterbildungsmaßnahmen freistellen können. Außerdem soll geprüft werden, wie Weiterbildung speziell für Schichtarbeiter gestaltet werden muß. Während der Modellversuche ersetzt das Land den Unternehmen die Lohnkosten für jene Arbeitnehmer, die an den Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen. Nach der gesetzlichen Einführung werden die Unternehmen diese Kosten selbst tragen müssen – ebenso wie in Niedersachsen, Bremen und Hamburg, wo es bereits gesetzlichen Bildungsurlaub für Arbeitnehmer gibt.

Impressum:

Herausgeber: SPD-Ortsverein Medebach

Redaktion: Dietmar Bügler, Roninghausen 5, 5789 Medebach

Satz/Druck: Kräling-Druck, Siedlinghausen